

Eine stolze Bilanz

Klaus Lederer spricht über die Offensive für mehr Infrastruktur und die Kulturpolitik in Berlin. Rot-Rot-Grün hat „eine ganze Menge auf die Schiene gebracht“, so der Kultursenator der Hauptstadt. Für einen Mietendeckel und eine gerechte Steuerpolitik brauche es eine Wende im Bund.

Seite 5



Foto: dpa/Britta Pedersen

EDITORIAL

Eine bessere Normalität

Liebe Leserin, lieber Leser, zurück zur Normalität – das wünschen sich viele nach den Monaten der Einschränkung in der Pandemie. Auch ich hoffe, dass wir Corona bald hinter uns lassen können. Dass wir wieder ohne Sorge Freunde und Bekannte treffen, draußen sitzen, ins Schwimmbad gehen oder an den Baggersee fahren können.

Aber soll es auch wieder Normalität sein, dass wegen Personalmangels jede Woche Unterricht an den Schulen ausfällt, dass Pflegekräfte total überlastet sind, dass Kinderarmut grassiert und heruntergesparte Kommunen sich nicht um die Leute kümmern können? Ich meine: Nein, zurück zu einer solchen Normalität wollen wir nicht!

DIE LINKE will, dass aus Corona gelernt wird. Das haben wir im Bundestag deutlich gemacht: Dass der Staat, die Schulen und das Gesundheitssystem krisenfest aufgebaut werden. Dass unsere Grundrechte geschützt werden. Dass die Bevölkerung mehr zu sagen haben sollte als die Lobbyisten der großen Konzerne. Wir wollen Superreiche besteuern, die so viel Geld haben, dass sie es niemals im Leben ausgeben könnten: damit alle ein gutes Leben haben.

Andere Parteien bekommen Unternehmensspenden, DIE LINKE bekommt Anwaltsschreiben, weil Konzernen unsere Plakate nicht passen – besser könnten wir gar nicht zeigen, wie ernst wir unsere Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land nehmen. Wir lassen uns nicht kaufen!

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Jan Korte ist
1. Parlamentarischer
Geschäftsführer
der Fraktion DIE LINKE

Auf die Straße für mehr soziale Gerechtigkeit

Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. gehen auf Tour. Ein beeindruckendes Plakat begleitet sie auf ihrer Rundreise durch zahlreiche Städte.



Dietmar Bartsch und Jan Korte bei ihrer Veranstaltung in Köthen (Sachsen-Anhalt)

Foto: Olaf Krositz

Die akute Phase der Pandemie klingt ab, endlich sind wieder Veranstaltungen unter freiem Himmel unkompliziert möglich. Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. reisen in den nächsten Monaten durch das Land und stellen Initiativen für eine gerechte und friedliche Zukunft vor. Vom 26. Mai bis zum 24. Juli 2021 geht es mit einem Riesensymbol am Kran durch die Städte und Gemeinden. Die Aktion startete Petra Pau, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Sie kam in ihrem Wahlkreis in Berlin Marzahn-Hellersdorf mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch.

Die Pandemie hat wie unter einem Brennglas deutlich gemacht, was in unserem Land schief läuft. Vielen Menschen werden die schlimmen Folgen bewusst, die ein gewinnorientiertes Gesundheitssystem, der große Niedriglohnsektor und unzureichende soziale Sicherungssysteme mit sich bringen. Die Bundesregierung verpulvert weiterhin Milliarden für Rüstungsprojekte, statt sie in ein gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem zu investieren. All das und vieles mehr hat die Fraktion DIE LINKE. bereits lange vor der Coronakrise kritisiert und Lösungsvorschläge im Bundestag eingebracht.

Für Millionen Menschen in diesem Land geht es um schnelle, konkrete Hilfen, aber auch um grundlegende Weichenstellungen. „Wir müssen jetzt einen Politikwechsel erreichen, damit nicht wieder diejenigen die Kosten der Krise tragen müssen, die schon jetzt am meisten unter ihr leiden“, heißt es in der Erklärung der Fraktion. Die Fraktion präsentiert vier klare Punkte für den Aufbruch nach der Krise, so Jan Korte auf einer Veranstaltung im brandenburgischen Köthen. „Wir verstecken garantiert nichts im Kleingedruckten.“

Die genauen Angaben zu Orten und Zeiten der Tour veröffentlicht die Fraktion DIE LINKE auf ihrer Homepage unter dem Titel „Aufbruch für ein gerechtes Land“.

Gerechte Einkommen ermöglichen würdige Renten

Die Leistung aus einem Arbeitsleben muss sich in Deutschland wieder lohnen. Millionen Menschen droht Altersarmut trotz Vollzeitjob.

Leistung lohnt sich nicht in Deutschland – zumindest nicht für Millionen Menschen, die jeden Tag hart arbeiten. Ich habe im Arbeitsministerium von Hubertus Heil (SPD) nachgefragt, wie viele Beschäftigte mit einem Vollzeitjob aktuell zu wenig verdienen, um im Alter eine Rente oberhalb von Hartz IV zu erhalten. Die Antwort: 2,9 Millionen! Von allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist das jeder Siebte. Das ist das Gegenteil von Leistungsgerechtigkeit. Insbesondere diejenigen, die in der Corona-Krise beklatscht wurden, sind häufig betroffen. Zum Beispiel sind die Löhne von 41 455 Altenpflegern (jeder Fünfte) und 129 820 Verkäuferinnen (jede Vierte) trotz 45 Jahren Vollzeitarbeit zu niedrig, um im Alter nicht zum Sozialamt gehen zu müssen.

Aber es betrifft nicht nur den Niedriglohnbereich. Nach der aktuellen Rentenformel müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer monatlich 2.650 Euro brutto verdienen – und zwar durchgehend 45 Jahre lang –, um auf eine Rente von 1.200 Euro brutto zu kommen. Nach Abzug von Sozialbeiträgen wären das real weniger als 1.100 Euro. Das bedeutet, ihre Renten liegen schon in einem Bereich, der als Risiko für Armut gilt.

Wie aus der Antwort des Arbeitsministeriums auf meine Anfrage hervorgeht, liegen derzeit 6,3 von 21,5 Millionen Vollzeitarbeitnehmer unter diesem Schwellenwert. Auf unser Land rollt in den nächsten Jahren eine Lawine aus Altersarmut und kleinen Renten zu, obwohl viele ein komplettes Arbeitsleben vorweisen können. Hinzu kommen noch diejenigen, für die 45 Jahre Vollzeitarbeit nicht zu schaffen sind, und die Millionen mit prekären Jobs. Das ist nicht nur skandalös ungerecht, sondern auch teuer für die Allgemeinheit. Lohndumping und Altersarmut führen dazu, dass die Steuerzahler jährlich etwa 17 Milliarden Euro für Aufstockerleistungen und Grundsicherung im Alter finanzieren müssen.

Wir haben ein gewaltiges Lohnproblem in Deutschland. Es ist ein Skandal, dass zum Beispiel für Verkäuferinnen und Verkäufer sowie Pflegekräfte nicht einmal in der Corona-Krise die Löhne deutlich angehoben wurden. Während die Eigentümer der Supermarktketten Milliarden scheffelten, sind die Löhne der Verkäuferinnen und Verkäufer teilweise sogar gesunken. Eine Unverschämtheit! Alle politischen Lager klagen über zu wenig Personal im Pflegebereich und fehlende Intensivbetten, aber die Löhne wurden nur minimal angehoben.



Foto: Olaf Krositz

Dietmar Bartsch: „Der hausgemachte Personalmangel aufgrund mieser Löhne kann beendet werden.“

„Beenden wir Lohndumping und Altersarmut, werden 17 Milliarden Euro jedes Jahr frei.“

Dietmar Bartsch

Leistung muss sich für die wahren Leistungsträger in diesem Land mehr lohnen! Es darf keine Löhne geben, die Hartz IV im Alter bedeuten. Daher muss der Mindestlohn in Richtung 13 Euro steigen. Das ist aber nur ein Punkt. Wir brauchen insgesamt höhere Löhne! Warum gehören zum Beispiel Pflegekräfte und Erzieherinnen nicht zu den Gutverdienern des Landes? Das wäre gerecht. Der hausgemachte Personalmangel aufgrund mieser Löhne könnte beendet werden.

Höhere Löhne sind dringend notwendig, reichen aber allein nicht aus, um Bürgerinnen und Bürger im Alter abzusichern. Wenn man 45 Jahre lang durchgehend 2.650 Euro brutto verdient und dann weniger als 1.100 Euro Nettorente überwiesen bekommt, stimmt etwas im System und in der Rentenformel nicht. Wir brauchen ein deutlich höheres Rentenniveau! Der Lohn muss mehr wert sein, die Rente muss einen höheren Anteil ersetzen. Zu Zeiten Helmut Kohls lag das Rentenniveau bei 53 Prozent. Es ist das Mindeste, dort wieder hinzukommen.

Nicht finanzierbar? Beenden wir Lohndumping und Altersarmut, werden 17 Milliarden Euro jedes Jahr frei. In Österreich erhalten Rentnerinnen und Rentner durchschnittlich 800 Euro mehr als in Deutschland. In den Nie-

derlanden gibt es aufgrund der dortigen Mindestsicherung gar keine Rente unter 1.218 Euro. Deutschland hat die stärkste Wirtschaft, aber ist bei den Renten ein Abstiegs kandidat in Europa. Unsere Nachbarn machen es vor, wie die Lebensleistung jahrzehntelanger Arbeit besser anerkannt wird!



Dietmar Bartsch

ist Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag.



Amira Mohamed Ali: „Millionen von Beschäftigten sind systemrelevant.“

Foto: Olaf Krositz

Politikwechsel hin zu einer sozialen Wende

Wir werden die Folgen der Coronapandemie wie auch der Klimakatastrophe nur bewältigen, wenn wir die soziale Spaltung überwinden.

Die Pandemie hat dramatisch gezeigt, wie wichtig ein funktionierender Sozialstaat gewesen wäre. Doch dieser ist durch jahrelange Privatisierungen und Sparprogramme derart heruntergewirtschaftet, dass es in der Krise an allen Ecken und Enden hapert. Zunächst gab es zu wenig Masken, weil die Bundesregierung und ihre Vorgänger schlichtweg einen viel zu geringen Vorrat für den Krisenfall gelagert haben. Und nachdem die Gefahr durch das Virus fahrlässig unterschätzt worden war, trat das Manko von personell ausgedünnten Gesundheitsämtern mit mangelhafter digitaler Ausstattung offen zutage. So rollte der Tsunami auf die Krankenhäuser zu, die bereits vor der Pandemie mit Pflegekräften unterbesetzt und durch unzumutbare Arbeitsbedingungen gekennzeichnet waren.

Bereits im Wahlkampf 2017 hatte der Pfleger Alexander Jorde in einer Livesendung Angela Merkel diesbezüglich die Leviten gelesen. Passiert ist danach fast nichts. Die Folge: Laut einer aktuellen Befragung will ein Drittel des Pflegepersonals in den nächsten zwölf Monaten den Job verlassen – drei Viertel davon aufgrund der Belastungen wegen Corona. So darf es nicht kommen! Wir brauchen sofort allgemeinverbindli-

che Tarifverträge, höhere Löhne und deutlich mehr Personal in den Kliniken. Sonst werden Kassenpatienten dem Pflegenotstand ausgesetzt, während sich die Reichen in Privatkliniken versorgen lassen.

„Wir brauchen allgemeinverbindliche Tarifverträge, höhere Löhne und deutlich mehr Personal in den Kliniken.“

Amira Mohamed Ali

Schon jetzt haben unter der mangelhaften Bewältigung der Coronakrise einkommensschwache Haushalte viel stärker gelitten. Es sind die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die oft auch ein erhöhtes Infektionsrisiko haben, weil sie in Berufen arbeiten, bei denen sie viele Kontakte haben, kein Homeoffice machen können und ihre Kinder in der Notbetreuung abgeben müssen. Es sind Millionen Beschäftigte in Pflege, Kitas, im Einzelhandel und in Supermärkten, in der Logistik oder im

öffentlichen Nahverkehr, die zu Recht als systemrelevant bezeichnet werden, aber für ihre Arbeitsleistung seit Jahren nicht mehr gerecht entlohnt werden.

Dazu kommt, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen häufiger vorerkrankt sind und deshalb auch noch einen schwereren Covid-19-Krankheitsverlauf haben. Um Krisen aber gemeinsam erfolgreich zu bewältigen, braucht es gesellschaftlichen Zusammenhalt – und das schaffen wir nur durch eine soziale Wende, finanziert durch eine gerechte Besteuerung der Superreichen.

Und das gilt nicht nur für den Gesundheitssektor. Das gilt auch für den Klimawandel. Es besteht Handlungsdruck. Um die Erderwärmung zu stoppen, bevor unser Planet unbewohnbar zu werden droht, kann nur noch eine bestimmte Menge an Treibhausgasen in die Luft geblasen werden. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht Teile des Klimaschutzgesetzes für verfassungswidrig erklärt und die Regierung aufgefordert, verbindliche Emissionsminderungsziele auch für nach 2030 zu formulieren, damit nicht zukünftige Generationen den Preis dafür zahlen müssen. Aber wer soll in den nächsten Jahren die Last dieser Maßnahmen tragen? Jede Verteuerung von Energie-

und Spritkosten trifft Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen hart, obwohl sie weniger Emissionen verursachen als die Reichen, die sich noch nicht einmal einschränken müssen, weil sie es sich leisten können.

Und wessen Geldbeutel zu schmal ist, um sich einen teuren Tesla zuzulegen – gebaut in einer tariflosen Megafabrik in Brandenburg –, der droht bei der Mobilität in der schönen neuen Welt der Baerbocks und Lindners unter die E-Räder zu geraten. Wie ungerecht die Denkweise der grünen Kanzlerkandidatin ist, zeigt, dass sie Billigflüge abschaffen will, dagegen eine Beseitigung des Niedriglohnssektors oder höhere Renten nicht zum grünen Sofortprogramm gehören. Im Ergebnis werden Menschen mit niedrigem Einkommen nicht mehr in den Urlaub fliegen können. Die Reichen zahlen stattdessen entspannt die höhere Kerosinsteuer und jetten wie vorher durch die Welt.

Eine sozial ungerechte Klimapolitik, die Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner benachteiligt, ist Gift für die Demokratie und wird zu Recht auf Widerstand stoßen. Wir brauchen stattdessen eine intelligente und effektive Klimaschutzpolitik, die alle Menschen mitnimmt. Um die sozialen Voraussetzungen dafür zu schaffen und für eine solide Finanzierung einer Investitionsoffensive in die Infrastruktur, in einen sauberen Technologiemix, in Bildung und die Rückkehr zu einem funktionierenden Sozialstaat zu sorgen, ist eine gerechte Besteuerung der Multimillionäre und Milliardäre unumgänglich.

Der nächste Bundestag wird darüber entscheiden, ob es einen wirklichen Politikwechsel hin zu einer sozialen Wende und damit eine erfolgreiche Krisenbewältigung geben wird. Und eines ist klar: Mit der Union oder der FDP würde die Weiter-so-Politik regieren. Wir brauchen stattdessen eine starke Linke. Denn nur mit einer starken Linken kann sozial gerechte Politik für die Mehrheit der Bevölkerung Wirklichkeit werden – auch beim Klimaschutz!



Amira Mohamed Ali

ist Vorsitzende der Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag.



Am Tag der Pflege demonstriert das Aktionsbündnis „Gesundheit ohne Profite“.

Foto: imago images/Christian Mang

Flucht aus der Pflege

In Mecklenburg-Vorpommern herrschen miese Arbeitsbedingungen bei der Betreuung von Alten und Kranken. Immer mehr Beschäftigte verlassen den Beruf.

Heute klatscht keiner mehr, sagt Ilona Carsten*. „Natürlich wäre mehr Lohn als Anerkennung auch schön gewesen.“ Die Gesundheits- und Krankenpflegerin arbeitet auf der Intensivstation eines Krankenhauses in privater Trägerschaft in Mecklenburg. Wie in anderen Regionen steckt die Pflege an der Ostseeküste seit Jahren in der Krise. Mangel an Personal führt zu Überlastung, die Löhne sind niedrig, es fehlt an gesellschaftlicher Anerkennung. Da macht der Nordosten keine Ausnahme.

„Hier haben wir extremen Personalmangel“, bestätigt Steffen Kühhirt. Er leitet den Landesfachbereich für Gesundheit und Soziales bei ver.di im Nordosten. Erschwerend komme hinzu, dass es lange Zeit politisches Ziel war, Mecklenburg-Vorpommern als Niedriglohnland zu erhalten. In der ambulanten Pflege, der Altenpflege und zum Teil auch bei privaten Klinikkonzernen fehle nach wie vor die Tarifbindung. Laut Kühhirt stehen in den nächsten Jahren viele Beschäftigte in der Pflege vor der Altersrente. Das bedeute in der ohnehin sehr angespannten Personalsituation einen zusätzlichen Bedarf an Kräften.

Die schwierige Situation in der Pflege war bereits vor der Corona-Krise ein brisantes Thema, aber in der öffentlichen Debatte deutlich unterrepräsentiert. Nun hat die Pandemie die Missstände und politischen Versäumnisse für alle sichtbar schonungslos offengelegt. Damit sind auch die Beschäftigten end-

lich sichtbar geworden. Über den Applaus für die „Helden des Alltags“ konnte sich Ilona Carsten nur eingeschränkt freuen. Damals habe sie gedacht: „Wow, endlich sieht es jemand. Endlich wird es wahrgenommen. Aber Leute, wir haben auch schon vor Corona hart gearbeitet.“

Die 22-Jährige wünscht sich vor allem mehr Personal auf ihrer Station. Die Covid-19-Patienten zu betreuen, nehme viel Zeit in Anspruch. Gleichzeitig müssten aber auch die anderen Intensivpatienten betreut werden. „Als Krankenschwester hat man natürlich auch seinen Anspruch, wie man Patienten versorgen möchte. Und wenn das so nicht möglich ist, ist man unzufrieden.“

Vor allem, wenn in den Schichten nicht mit voller Stärke gearbeitet werden könne, weil Kolleginnen und Kollegen selbst erkrankt sind. Dies bedeute eine hohe Belastung, erzählt Carsten. „Dann merkt man auch, dass wir Mitarbeiter ausgelaugt sind. Wir versuchen natürlich trotzdem, uns zu unterstützen und zu helfen. Aber manchmal ist man einfach nur froh, wenn die Schicht zu Ende ist.“

Wie Ilona Carsten und ihren Kolleginnen geht es derzeit einem großen Teil der Beschäftigten auf Intensivstationen, in den Notaufnahmen und im Rettungsdienst. Das bestätigen Ergebnisse einer Onlinebefragung der Deutschen

Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin. Mehr als 70 Prozent der in Gesundheitsfachberufen Tätigen fühlen sich während der dritten Corona-Welle überlastet. Rund ein Drittel der Befragten gab an, den Beruf in den nächsten zwölf Monaten verlassen zu wollen, drei Viertel davon aufgrund der Belastungen durch die Corona-Pandemie.

Ilona Carsten will trotz der Belastungen in ihrem Beruf weiterarbeiten, auf jeden Fall. Ihr gefällt es, mit den Patienten zu arbeiten, die Verantwortung und die Herausforderung zu spüren. Aber sie ist noch jung, ledig und hat anders als viele Kolleginnen und Kollegen keinen weiten Arbeitsweg. Sie kennt aber Kollegen, die das Krankenhaus wechseln, innerhalb der Gesundheitsbranche etwas anderes suchen oder sich beruflich komplett umorientieren.

„Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Abwanderung erlebt“, bestätigt auch Gewerkschafter Kühhirt. Innerhalb von Mecklenburg-Vorpommern zieht es die Beschäftigten in die größeren Städte. Andere wechseln gleich nach der Ausbildung in andere Bundesländer, wo es mehr Geld zu verdienen gebe. Im Herbst stehen in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen an. „Das Thema Pflege wird für die neu gewählte Landesregierung eine riesige, wenn nicht *die* Herausforderung“, so Kühhirt. *Markus Drescher*

* Wir haben den Namen geändert.

Bessere Pflege ist finanzierbar

Eine Petition zum Thema Pflege findet immer mehr Unterstützer. Nach Angaben des Bundestags hatten Anfang März bereits 200 000 Menschen ein Gesuch unterzeichnet, das bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege fordert. Weitere 120 000 zeichneten die Petition 117906 offline mit. Es ist „die bis dato erfolgreichste Online-Petition in der Geschichte des Petitionsausschusses“, heißt es auf der Website des Bundestags.

In der Petition „Gesundheitsreform für eine bessere Pflege zum Schutz der Pflegebedürftigen“ heißt es unter anderem: „Bessere Pflege ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe finanzierbar.“ Gewinne dürften nicht aus dem Gesundheitsbereich abgezogen werden,

sondern müssten zurück ins System fließen. Natürlich kostet gute Pflege auch mehr Geld, beschreibt Pia Zimmermann das Problem. Mithilfe privater Versicherungen entziehen sich jedoch gerade die Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener, so die Sprecherin für Pflegepolitik der Linksfraktion im Bundestag. „Deshalb hat die Petition recht: Pflege ist nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe finanzierbar“, so Zimmermann. „Unser Konzept ist: Sie müssen an der Finanzierung beteiligt werden. Einheitliche Beitragssätze auf alle Einkommen, auch Kapital-, Zins- und Mieteinnahmen: So ist gute Pflege auch gut finanzierbar.“

<https://epetitionen.bundestag.de>

„Unsere Bilanz ist positiv“

Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa in Berlin, spricht über die vergangene Legislaturperiode und das Programm der Partei DIE LINKE für die Hauptstadt.

Die Kulturverwaltung der Hauptstadt befindet sich in der Brunnenstraße, im Herzen Berlins. Malte Daniljuk traf den Senator, der lange Jahre Vorsitzender des Landesverbandes der Partei DIE LINKE war.

Klaus Lederer, woher kommt die Affinität der Hauptstadtbewohnerinnen und -bewohner zur linken Politik?

Berlin ist immer ein bisschen besonders. Man kann hier auf unterschiedliche Arten und Weisen glücklich werden. Wir haben traditionell eine starke, engagierte Einwohnerschaft. Es gibt einen progressiven Zeitgeist in der Stadt. Berlin ist auch immer ein Counterpart zum reaktionären bis konservativen Teil der Republik. Wer sich eher im rechten Spektrum aufhält, rümpft die Nase über Berlin. Das führt bei den Berlinerinnen und Berlinern dazu zu sagen: Wenn ihr uns das zuschreibt, sind wir das auch, nämlich progressiv, nach vorne schauend, solidarisch im Umgang miteinander. Ich glaube, Berlin ist einfach vom Selbstverständnis her eine progressive Metropole.

Nach einem Jahr Corona-Sondermaßnahmen: Hätten Sie erwartet, dass die Berlinerinnen und Berliner da mit so einer Disziplin rangehen?

Die Berlinerinnen und Berliner haben gemerkt, da kommt was auf uns zu, und haben doch im Großen und Ganzen versucht, sich so zu verhalten, dass sie andere nicht gefährden, solidarisch zu sein. Das hat mich sehr gefreut, das freut mich auch jetzt wieder. Es gab auch Zeiten, da schlugen alle auf Berlin ein, wir hätten hier die Lage nicht im Griff. Wenige Wochen später war die Situation umgekehrt: Berlin hatte extrem positive Inzidenzzahlen, und in Bayern und in Nordrhein-Westfalen gingen die Inzidenzen durch die Decke. Insofern kann ich nur hoffen, dass wir jetzt auch gut durch die hoffentlich letzte Phase kommen.

Konnte die neue Regierung einen Politikwechsel erreichen?

CDU und SPD hatten hier vorher über fünf Jahre lang kein Problem ordentlich angepackt. Wir haben einen sehr schlecht ausgestatteten, einen sehr schlecht bezahlten öffentlichen Dienst übernommen. Auch dank guter Steuereinnahmen konnten wir jetzt vier Jahre investieren – in Schulen, in den Wohnungsbau, in die öffentliche Daseinsfürsorge, in Infrastrukturen und in neue Busse und Bahnen. Aber auch in den öffentlichen Dienst, sowohl in die Zahl der Beschäftigten als auch in die Bezahlung. Unser Ziel war es, am Ende der Legislaturperiode den Bundesdurchschnitt bei der Besoldung und bei der tariflichen Bezahlung zu erreichen. Das kriegen wir hin. So gesehen haben wir eine ganze Menge auf die Schiene gebracht. Da ist jetzt eine richtig



Klaus Lederer: „Berlin ist eine progressive Metropole.“

positive Bilanz zu verzeichnen. Das muss jetzt fortgesetzt werden.

Ein großes Thema war der Mietendeckel. Das Bundesverfassungsgericht hat den gerade kassiert. Was bedeutet das politisch für die Stadt und den Senat?

Wir sorgen jetzt dafür, dass keine Nachforderungen erfolgen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften halten sich daran, Teile der Genossenschaften, selbst Teile der Privaten. Denjenigen, bei denen jetzt doch Rückforderungen eingelaufen sind, haben wir kurzfristig geholfen, dass sie zumindest keine Kündigung erhalten. Jetzt bleibt der Druck auf den Bund: Ich erwarte eine gesetzliche Regelung mit einer Öffnungsklausel für Länder mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Wir hatten in Berlin in einem Jahrzehnt eine Verdoppelung der Angebotsmieten. Das ist einfach heftig. Natürlich bauen wir auch und nutzen die Zeit, um den sozialen Wohnungsbau weiter voranzubringen. Die Planungen für eine zweistellige Zahl neuer Stadtquartiere laufen. Zusätzlich bleiben Eingriffe in das Marktgeschehen mittels des Zweckentfremdungsrahmens, des Milieuschutzes, über Ankauf und andere Möglichkeiten, etwa bodenpolitische Steuerungsmechanismen. Und dann gibt es natürlich das Volksbegehren zur

Vergesellschaftung. Wir hoffen, dass genügend Unterschriften zusammenkommen, sodass wir im Herbst einen Volksentscheid in Berlin haben werden.

Wie ist Ihre Bilanz, was solche außerparlamentarischen Initiativen betrifft?

Wir haben in der ersten rot-roten Legislaturperiode von 2001 bis 2006 letztlich Volksbegehren, Volksentscheide erst möglich gemacht. Vorher stand es zwar auch in der Verfassung, aber die Hürden waren zu hoch. Einige Beispiele: Ob es um den Religionsunterricht ging, um die Energienetze, um die Wasserneetze oder die Frage der Bebauung des Tempelhofer Feldes, auch jetzt bei der Auseinandersetzung um Wohnen- und Mietenpolitik. Das Instrument wird hier nicht wöchentlich eingesetzt, aber wenn Fragen die Stadtgesellschaft insgesamt bewegen, kann man mit so einem Volksbegehren richtig etwas erreichen.

Was war Ihnen kulturpolitisch besonders wichtig, und was konnten Sie erreichen?

Mir war wichtig, dass wir eine Kulturverwaltung werden und Kultur in der Breite fördern! So sichert die in dieser Legislaturperiode gegründete Kulturräume GmbH landeseigene und private Immobilien dauerhaft, um Räume für

Kunst bereitzustellen. Wir haben den Bezirkskulturfonds verdoppelt, wir haben die Zahl der Angestellten in den Musikschulen erhöht. Denn zum Teil gab es vorher nur ein oder zwei Festangestellte pro Bezirk. Wir haben den Projektfonds kulturelle Bildung erheblich erhöht, um damit auch in der Breite kulturelle Bildung voranzubringen. Unsere Förderung orientiert sich an Mindestgagen, damit Kunstproduktion nicht zu sozialen Nöten führt. Den Infrastrukturgedanken haben wir in der Pandemie zu einem großen Schutzschirm für die Kultur aufgespannt. Wir haben Stipendien rausgegeben, versucht, mit entsprechenden Hilfsprogrammen zu unterstützen. Wir konnten leider über die 14 Monate keine Grundsicherung für Freiberufler und Soloselbstständige zahlen. Das wäre seitens des Bunds nötig gewesen. Der hat das gemacht, was er immer macht: die Leute auf Hartz IV schicken.

Worauf kann DIE LINKE in Berlin besonders stolz sein?

Wir können sehr stolz darauf sein, eine Form von Politik etabliert zu haben, die gemeinsam mit den Menschen und Initiativen Politik macht. Das Zweite: Wir haben die rote Laterne bei der Situation im öffentlichen Dienst abgegeben. Auf den sind vor allem die Benachteiligten in besonderer Weise angewiesen. Und wir sind, drittens, mit dieser Investitions offensive in die Puschen gekommen und haben angefangen, tatsächlich in die Zukunft der Stadt zu investieren. All diese drei Gründe, die mich stolz machen, lassen mich auch dafür kämpfen, dass wir das weitermachen.

Was wird die Berliner LINKE in einer Regierung in der nächsten Legislatur auf jeden Fall angehen?

Wenn es mit dem Volksentscheid klappt, wird der Senat sich über ein Gesetz zur Vergesellschaftung im Wohnungsbereich Gedanken machen müssen. Zweitens: Wir müssen sehen, dass wir im Infrastrukturbereich weiter investieren können. Das ist keine Selbstverständlichkeit und das hängt übrigens auch mit der Bundesebene zusammen. Steuerpolitik machen wir hier nur begrenzt, die Schuldenbremse bekommen wir nicht alleine ausgehebelt. Drittens: Weiter auf die Stadtgesellschaft hören. Gerade beim sozialökologischen Umbau reicht es nicht, alles zu verbieten, was Ausstoß von Emissionen erzeugt. Wer einen kleineren Geldbeutel hat oder arbeitsmäßig in traditionellen Fortbewegungsformen festhängt, muss mitgenommen werden, damit die Leute die Veränderungen nicht als Bedrohung sehen, sondern als Chance, die auch ihr Leben verbessert.

Das vollständige Gespräch finden Sie auf der Homepage der Klar: klar.linksfraktion.de

Thalia sabotiert die Vertretung der Belegschaft

Die Buchhandelskette verlässt die Tarifbindung und kündigt dem Vorsitzenden des Betriebsrats.



Foto: Oliver Krositz

Thomas Sielemann, entlassen nach 30 Jahren bei Thalia

Thomas Sielemann ist Buchhändler. Ich treffe den 58-jährigen Wahlspandauer in Berlin-Kreuzberg. Sielemann kennt hier jede Ecke, er wohnt seit bald 40 Jahren in Berlin. Er hat die politisch bewegten 1980er Jahre in Westberlin erlebt, sich unter anderem in der Geflüchtetenhilfe engagiert. Nachdem Sielemann sein Politikstudium an der Freien Universität Berlin ohne Abschluss beendet hatte, arbeitete er in verschiedenen Jobs. Schließlich entschied er sich für die Arbeit als Buchhändler. „Das haben früher einige gemacht“, sagt er mit einem Augenzwinkern. „Wenn du dein Studium abgebrochen hast, bist du eben Buchhändler geworden.“ Seit fast 30 Jahren arbeitet Sielemann bei der Buchhandelskette Thalia und ist dort mit kurzer Unterbrechung Vorsitzender des Betriebsrats.

Doch Sielemanns berufliche Zukunft ist ungewiss. Sein Arbeitgeber hat ihm eine betriebsbedingte Kündigung ausgesprochen. Die Klage auf Kündigungsschutz läuft noch, auch mithilfe der Gewerkschaft. Eine Güteverhandlung verlief Anfang Mai ergebnislos, Sielemanns Hauptverhandlung ist für Mitte August angesetzt.

Der Grund für den Ärger ist, dass der Buchhandelskonzern Thalia Anfang des Jahres überraschend angekündigt hatte, die Berliner Filialen in eine bereits im Jahr 2015 gegründete Thalia Nord GmbH zu überführen. Die bisherige GmbH bleibt als leere Unternehmenshülle zurück. Die Filiale in Spandau gehört nicht zum neuen Unternehmen, sondern ist nun eine eigene GmbH außerhalb von Thalia. Sielemann wurde dieser Filiale zugeordnet, der Rest des Betriebsrats der Thalia Nord. Zudem hatte Thalia verkündet, in die sogenannte OT-Mitgliedschaft beim Handelsarbeitgeberverband HDE zu wechseln. „OT“ steht für „ohne Tarifbindung“, das heißt: Thalia steigt aus dem Tarifvertrag des Einzelhandels aus.

Die Ungewissheit ist anstrengend. Er war im April krankgeschrieben und lebt jetzt in einer rechtlich unsicheren Situation. „Mir geht’s derzeit nicht so gut“, sagt er. „Fast 30 Jahre arbeite ich bei Thalia. Wenn alles auf einmal infrage steht, ist das schon heftig.“ Mit Wertschätzung seitens des Unternehmens habe das nichts zu tun. Sielemann will seine Arbeit als freigestellter Betriebsratschef wieder aufnehmen, aber in welchem Betrieb eigentlich?

Nachdem Sielemann dem Übergang seines Arbeitsverhältnisses auf die ausgegliederte Spandauer GmbH widersprochen hatte, erfolgte prompt die betriebsbedingte Kündigung, da es in der übrig gebliebenen GmbH-Hülle Thalia Berlin keine Filialen mehr gebe und deswegen auch keine Arbeit mehr für ihn. Gegen die vom Arbeitgeber vorgenommene Zuordnung zur Spandauer Filiale klagt Sielemann derzeit vor dem Arbeitsgericht.

„Thalia hat es ausgenutzt, dass wir uns wegen der Pandemie derzeit nicht organisieren können.“

Thomas Sielemann

Das Unternehmen hat mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Der langjährige und unbequeme Betriebsratsvorsitzende ist weg, der Tarifvertrag des Einzelhandels gilt nicht mehr, und letztlich hat Thalia dem Branchenverband HDE noch einen großen Gefallen getan: Sielemann ist seit 15 Jahren auch Mitglied der ver.di-Tarifkommission für den Berlin-Brandenburger Einzelhandel und derzeit deren Vorsitzender. Durch die Kündigung droht ver.di kurz vor Beginn der Handelstarifrunde im Juli einen wichtigen und erfahrenen Kopf zu verlieren.

Anders gesagt: Wir sehen hier einen besonders dreisten Fall von Tariffucht und „Union Busting“, wie die Ver- oder

Behinderung von Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit in den USA genannt wird. Alles im Rahmen geltenden Rechts.

„Thalia verfolgt mehrere Ziele“, meint Sielemann. „Einerseits haben sie Schwierigkeiten, ihren Umsatz weiter zu steigern. Irgendwann ist das Geschäftsmodell ausgereizt und jede weitere Steigerung der Lohnstückkosten, jede Tarifierhöhung geht zulasten des Gewinns.“ Andererseits wolle Thalia nicht mehr, dass jemand „von außen“ reinrede, der sich nicht auskenne im Unternehmen. Aber wer ist die Gewerkschaft, wenn nicht die Beschäftigten im Betrieb, die sich organisieren? Sielemann kennt sich im Unternehmen aus wie kaum ein anderer.

„Und das Dritte ist: Thalia hat es ausgenutzt, dass wir uns wegen der Pandemie derzeit nicht organisieren können. Beim Güteverhandlungstermin waren rund 50 Kolleginnen und Kollegen, aber das war die Grenze des derzeit Möglichen“, sagt Sielemann. Betriebsversammlungen, Gewerkschaftskundgebungen, mobilisierende Reden im Betrieb, direkte Ansprache der Kollegen – das alles geht derzeit nicht.

Mitte August wird das Arbeitsgericht über die Kündigungsschutzklage entscheiden. Thomas Sielemann denkt über seine Zukunft nach. Des Kämpfens müde ist er nicht, aber „vielleicht ist es an der Zeit, nach den vielen Jahren darüber nachzudenken, was ich sonst noch machen könnte, was mir Spaß macht und wo ich mich mit meinen Fähigkeiten und Erfahrungen aus langjähriger Betriebsratsarbeit einbringen kann“, sagt Thomas Sielemann. *Jörg Meyer*

Betriebliche Vertretung stärken

„Das Beispiel Thalia zeigt, wie dreist manche Unternehmen vorgehen, um sich der Bindung an einen Tarifvertrag zu entziehen“, sagt Pascal Meiser. Diese Unternehmen verschaffen sich auf dem Rücken ihrer Beschäftigten unfaire Wettbewerbsvorteile, so der gewerkschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Meiser ist überzeugt, dass die Tarifbindung in Deutschland wieder erhöht werden muss. Dazu müssten nicht nur die Gewerkschaften gestärkt werden. Auch die Bundesregierung sei gefragt.

DIE LINKE hat konkrete Vorschläge vorgelegt: Bei der Aufspaltung eines Unternehmens muss sichergestellt werden, dass die bisherigen Tarifverträge kollektiv weitergelten. Unternehmen, die Mitglied eines Arbeitgeberverbands sind, sollen verpflichtend auch an deren Tarifverträge gebunden sein. Tarifverträge sollen leichter für allgemeinverbindlich erklärt und so

auf alle Unternehmen einer Branche ausgedehnt werden können. „Und es muss endlich Schluss damit sein, dass mit Steuergeld Lohndumping betrieben wird“, fordert Meiser. Öffentliche Aufträge dürfen künftig nur noch an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen.



Pascal Meiser

ist Sprecher für Gewerkschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.



Foto: istock/fatCamera

Mehr Bildungsgerechtigkeit ist langfristig nur bundesweit zu erreichen.

Gleiche Chancen in einem modernen Bildungssystem

Mit politischem Druck und guten Konzepten trägt linke Politik dazu bei, offene und moderne Schulen zu entwickeln.

Die Corona-Krise zeigt wie unter einem Brennglas die Probleme, an denen unser Bildungssystem vielerorts leidet. Zugang zu guter Schulbildung hängt viel zu oft noch vom Einkommen der Eltern ab. Es fehlt an Lehrpersonal, besonders Erzieherinnen und Erzieher werden schlecht bezahlt.

Was linke Bildungspolitik erreichen kann, zeigt sich in den Bundesländern, in denen DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist, etwa in Berlin und Thüringen. In den vergangenen Jahren sind dort die Weichen für bessere Bildungschancen gestellt worden. Auch die Bundestagsfraktion macht politisch Druck für moderne Bildung, vor allem aber um Bildungsgerechtigkeit voranzutreiben.

Weder die frühkindliche Bildung noch Schule oder Universität dürfen vom Einkommen der Eltern abhängen. In der Hauptstadt sind seit August 2018 alle Kitajahre beitragsfrei. Kinder haben ab dem ersten Lebensjahr einen Anspruch auf sieben Stunden Bildung pro Tag. Kostenlos sind auch Schulesen und Schulbücher für Grundschulkindern. Bis 2026 werden mit 5,5 Millionen Euro Schulen saniert und neu gebaut. Schöne, heile und moderne Schulgebäude sind wichtig – auch über die Pandemie hinaus.

Als erstes Bundesland stellt die Hauptstadt Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen bei der Bezahlung den Lehrkräften an weiterführenden Schulen gleich. Lehrkräfte in Brennpunktschulen bekommen seit 2018 eine Zulage von 300 Euro pro Monat. Seit 2021 erhalten auch Erzieherinnen und Erzieher in Kitas in schwieriger Lage eine solche Zulage. Darüber braucht es bessere Betreuungsschlüssel, mehr Schulsozialarbeit, multiprofessionelle Teams, um moderne pädagogische Konzepte zu gestalten.

Die Zielrichtung linker Bildungspolitik ist klar: Die Mangelwirtschaft muss beendet und die Mittel müssen gerecht verteilt werden.

Die Bedingungen für längeres gemeinsames Lernen sind verbessert worden: Die Gemeinschaftsschule wurde im Schulgesetz als reguläre Schulform

verankert. In mittlerweile 24 Gemeinschaftsschulen können Schülerinnen und Schüler von der 1. bis zur 13. Klasse von- und miteinander lernen. Die wissenschaftliche Begleitung hat gezeigt: In Gemeinschaftsschulen lernen alle Kinder erfolgreich – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Linke Bildungspolitik in Thüringen erzielt seit 2014 wichtige Fortschritte: Die beiden letzten Kindergartenjahre sind beitragsfrei, 19 000 Familien werden jährlich um durchschnittlich 3.000 Euro entlastet. Ab 2025 ist die vollständige Beitragsfreiheit vereinbart. Der Betreuungsschlüssel in Kindergärten wurde verbessert: 550 zusätzliche Stellen wurden in den Kitas geschaffen, zwölf Drei- bis Vierjährige werden durch eine Fachkraft betreut. In größeren Kitas gibt es mehr Personal für Leitungsarbeit, die Qualität pädagogischer Arbeit ist gestärkt.

DIE LINKE drängt auf eine längst überfällige Reform der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern: die Abschaffung vom Schulgeld, die Verkürzung der Gesamtausbildungsdauer, das Konzept einer praxisorientierten Ausbildung mit einer angemessenen Ausbildungsvergütung. Erste Schritte

sind in Thüringen bereits erfolgreich gegangen worden.

In den Schulen ist der Stellenabbau der CDU-Regierung gestoppt, mehr als 3 500 Lehrerinnen und Lehrer sind eingestellt worden. Eine tarifliche Gleichstellung zwischen Lehrkräften an Grundschulen und weiterführenden Schulen ist bereits festgelegt. Die Horte an den Grundschulen unterstützen die Entwicklung von Ganztagschulen. Mit 450 Millionen Euro hat DIE LINKE in Thüringen das größte Investitionsprogramm für Schulen seit 1990 auf den Weg gebracht.

In einzelnen Bundesländern lässt sich viel erreichen, aber nicht alles. Dass der Bildungsföderalismus dringend eine Reform braucht, hat nicht erst die aktuelle Krise gezeigt. Bundespolitik muss sehr viel mehr Verantwortung übernehmen – vor allem finanziell. DIE LINKE im Bundestag fordert eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz: Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam finanzieren, entscheiden und gestalten. Mit einem Sozialindex können die Mittel gerechter verteilt werden: Wo die größten pädagogischen Herausforderungen gemeistert werden, braucht es mehr Geld und Personal.

Die soziale Ungleichheit zwischen den Ländern ist groß. Der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern hängt weiterhin davon ab, in welchem Bundesland sie zur Schule gehen. Wir fordern ein Bildungsrahmengesetz, das endlich bundesweit Rechte und Standards zu Ganztagsbetreuung und Gemeinschaftsschulen, zur Lehr- und Lernmittelfreiheit, zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Regelungen zur Schulpflicht festschreibt. Bildungsgerechtigkeit muss bundesweit geregelt werden.

Die Zielrichtung linker Bildungspolitik ist klar: Die Mangelwirtschaft muss beendet und die Mittel müssen gerecht verteilt werden. Digitalisierung ist eine Daueraufgabe, Inklusion ein Rechtsanspruch, sozialökologischer Umbau braucht Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wir brauchen Schulen mit einer neuen Lehr-, Lern- und Prüfungskultur. Unterstützen können dabei „Systemsprenger“: Profis, die an der Seite der Lehrkräfte neue Sichtweisen auf das Lernen einbringen – Künstlerinnen und Künstler, Handwerkerinnen und Handwerker oder auch wissenschaftliches Personal mit weitem Horizont und großer Erfahrung.

Neue Bildung braucht das Land – mit linker Bildungspolitik ist sie möglich.



Birke Bull-Bischoff

ist bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.



Doris Achelwilm
Sprecherin für Medienpolitik



Gökyay Akbulut
Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik



Simone Barrientos
Sprecherin für Kulturpolitik



Dietmar Bartsch
Fraktionsvorsitzender



Lorenz Gösta Beutin
Sprecher für Energie- und Klimapolitik



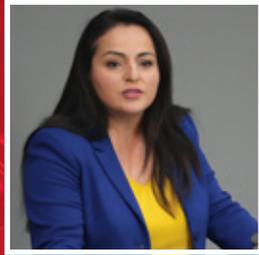
Matthias W. Birkwald
Sprecher für Rentenpolitik



Heidrun
Sprecherin für



Jörg Cezanne
Sprecher für Luftverkehr und Schifffahrt



Sevim Dağdelen
Sprecherin für Abrüstungspolitik



Diether Dehm
Sprecher für Mittelstandspolitik



Fabio De Masi
Sprecher für Finanzpolitik



Anke Domscheit-Berg
Sprecherin für Netzpolitik



Klaus Ernst
Sprecher für Wirtschaftspolitik

69 kluge Köpfe

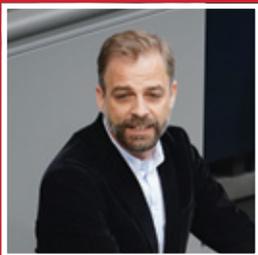
Die Politikerinnen und Politiker aus der Fraktion DIE LINKE können im Bundestag eine erfolgreiche Bilanz ziehen.



Heike Hä
Sprecherin für Beziehungen



Katja Kipping
Sprecherin für Sozialpolitik



Stefan Liebich
Mitglied im Finanzausschuss



Gesine Lötzsch
Sprecherin für Haushaltspolitik



Thomas Lutze
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie



Pascal Meiser
Sprecher für Gewerkschaftspolitik



Amira Mohamed Ali
Fraktionsvorsitzende



Cornelia Möhring
Sprecherin für Frauenpolitik



Niema M
Sprecher für



Sören Pellmann
Sprecher für Inklusion und Teilhabe



Victor Perli
Sprecher für Umverteilungspolitik



Tobias Pflüger
Sprecher für Verteidigungspolitik



Ingrid Remmers
Sprecherin für Verkehrspolitik



Martina Renner
Sprecherin für antifaschistische Politik



Bernd Rixinger
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie



Kirsten Tackmann
Sprecherin für Agrarpolitik



Jessica Tatti
Sprecherin für Arbeit 4.0



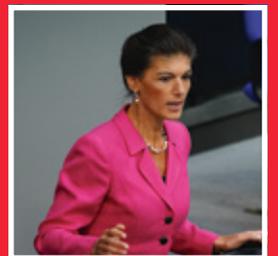
Axel Troost
Mitglied im Finanzausschuss



Alexander Ulrich
Sprecher für Industriepolitik



Kathrin Vogler
Sprecherin für Friedenspolitik



Sahra Wagenknecht
Mitglied im Finanzausschuss



Andreas
Sprecher für und Fahrrad



36 Gesetzesinitiativen

Blum-Förster
Sprecherin für ländliche Räume



Michel Brandt
Obmann im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe



Christine Buchholz
Sprecherin für Religionspolitik



Birke Bull-Bischoff
Sprecherin für Bildungspolitik



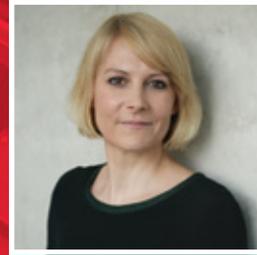
Susanne Ferschl
Sprecherin für Gute Arbeit



Brigitte Freihold
Sprecherin für Bildung für nachhaltige Entwicklung



Sylvia Gabelmann
Sprecherin für Arzneimittelpolitik und Patientenrechte



Nicole Gohlke
Sprecherin für Hochschul- und Wissenschaftspolitik



Gregor Gysi
Sprecher für Außenpolitik



André Hahn
Beauftragter für Geheimdienstkontrolle



Ines Lorenz
Sprecherin für Internationale



Matthias Höhn
Beauftragter für Ostdeutschland



Andrej Hunko
Sprecher für Europapolitik



Ulla Jelpke
Sprecherin für Innenpolitik



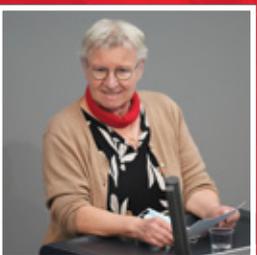
Kerstin Kassner
Sprecherin für Kommunalpolitik



Achim Kessler
Sprecher für Gesundheitspolitik



Jan Korte
1. Parlamentarischer Geschäftsführer



Jutta Krellmann
Sprecherin für Mitbestimmung und Arbeit



Caren Lay
Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik

682 Anträge



Sabine Leidig
Sprecherin für Bahnpolitik



Ralph Lenkert
Obmann im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit



Ingrid Knapp
Sprecherin für Drogenpolitik



Norbert Müller
Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik



Zaklin Nastic
Sprecherin für Menschenrechtspolitik



Alexander S. Neu
Beauftragter für Osteuropa



Thomas Nord
Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union



Petra Pau
Sprecherin für IT-Sicherheit



Eva-Maria Schreiber
Sprecherin für Welternährungspolitik



Petra Sitte
Sprecherin für Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik



Helin Evrim Sommer
Sprecherin für Entwicklungspolitik



Kersten Steinke
Mitglied im Petitionsausschuss



Friedrich Straetmanns
Sprecher für Rechtspolitik

2607 Anfragen



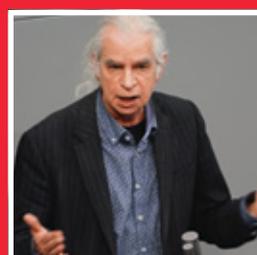
Ingrid Wagner
Sprecherin für ÖPNV und Mobilität



Harald Weinberg
Sprecher für Krankenhauspolitik und Gesundheitsförderung



Katrin Werner
Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement



Hubertus Zdebel
Sprecher für den Atomausstieg



Sabine Zimmermann
Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik



Pia Zimmermann
Sprecherin für Pflegepolitik



Foto: dpa/Waltraud Grubitzsch

Kreißsäle lohnen sich in ländlichen Regionen nicht, die Versorgung nimmt ab.

Personalmangel bei der Geburtshilfe

Nicht überall finden Familien eine angemessene Betreuung bei einer Schwangerschaft. Es fehlt an Stationen, Betten und Hebammen.

Die Wehen setzen vor dem errechneten Termin ein, doch zwischen dem Wohnort und der nächsten Geburtsstation liegt die Nordsee. Auf Sylt gibt es weder Kreißsaal noch Geburtshaus. Bekommen hat die Inselbewohnerin ihr Kind während der Überfahrt – Anfang April auf dem Seenotrettungskreuzer „Pidder Lüng“.

Was das Kind später sicherlich oft als aufregende Anekdote erzählt bekommt und vielleicht auch selbst als das erste erlebte Abenteuer weitergeben wird, ist gleichzeitig eine symbolträchtige Erzählung über die dramatische Situation in der Geburtshilfe. Denn dass am alles Ende gut ging, ist der Besatzung und einer Hebamme an Bord zu verdanken, und dem Glück, dass es keine schweren Komplikationen gab. Glück sollte für eine sichere Geburt aber ein möglichst kleiner Faktor sein. Schwangere sollten überall – auf den Inseln, in Städten und in ländlichen Regionen – die Gewissheit haben, dass es eine gute Versorgung gibt, dass Geburtsstationen schnell erreichbar sind, dass sich Hebammen und andere Fachkräfte gut kümmern können.

Aktuell gibt es die Gewissheit, dass in vielen Regionen nichts davon wirklich abgesichert ist. Eine Karte des Deutschen Hebammenverbands illus-

triert die Unterversorgung mit Hebammen bundesweit. Es geht nicht nur um die Geburt selbst, sondern um die komplette Palette der Hebammenversorgung von Vorsorge und Geburtsvorbereitungskursen über verschiedene geburtshilfliche Versorgungsformen bis hin zur Wochenbettbetreuung und Nachsorge.

In den letzten 20 Jahren sind ein Drittel der Frauen- und Geburtshilfestationen dichtgemacht worden

In den letzten 20 Jahren sind ein Drittel der Frauen- und Geburtshilfestationen dichtgemacht worden, es steht nur noch die Hälfte der Betten zur Verfügung. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor. Dass immer mehr Kreißsäle schließen, hängt mit der Art der Finanzierung der Krankenhäuser zusammen. Die Krankenhäuser bekommen nicht die Kosten erstattet, die eine Geburt

verursacht. Sie bekommen für jede Geburt grundsätzlich dieselbe Pauschale. Führt ein Krankenhaus viele Geburten durch, macht es Gewinn, weil die Kosten pro Geburt sinken. Im Umkehrschluss heißt das aber auch: Kreißsäle lohnen sich nicht, wenn nur wenige Geburten durchgeführt werden. Ob Stationen schließen, wie beispielsweise auf Sylt, wird nicht mit Blick auf den Bedarf entschieden. Ökonomische Kriterien spielen die zentrale Rolle.

Hebammen müssen im Durchschnitt zwei Geburten pro Schicht und drei Frauen gleichzeitig betreuen. Ein Drittel der befragten Kliniken gab an, 2018 mindestens eine Schwangere mit Wehen wegen fehlender Kapazitäten abgewiesen zu haben. Das stellt eine vom Gesundheitsministerium (BMG) in Auftrag gegebene und im Januar 2020 veröffentlichte Studie zur Situation der stationären Geburtshilfe fest. Und: Die schlechten Arbeitsbedingungen werden den Personalmangel weiter verschärfen, wenn nicht endlich umgesteuert wird. Gut 40 Prozent der Befragten haben laut eigener Angabe oft oder sehr oft darüber nachgedacht, Arbeitszeit zu reduzieren. Mehr als ein Viertel hat über den Berufsausstieg nachgedacht.

Die Ergebnisse der Studie decken sich mit den Schilderungen von Anke Bertram, Vorsitzende des Hebammenverbands Schleswig-Holstein. Ihre Prognose: Die Hebammen hielten ähnlich wie die Pflegekräfte gerade eben nur noch durch bis zum Ende der Corona-Pandemie. Danach fürchtet sie eine Berufsflucht: „Die Hebammen schleppen sich zum Dienst, sie stehen kurz vorm Burn-out, aber sie geben trotzdem immer ihr Bestes, weil die Frauen ja versorgt werden müssen.“ Nicht nur wer selbst einmal kurz vorm Burn-out stand, kann sich vorstellen, dass das nicht lange gut gehen kann.

Die Gesundheit der Hebammen nimmt Schaden. Die Versorgung leidet. Durch einzelnes Engagement von Hebammen kann nicht wettgemacht werden, was strukturell schief läuft. Die medizinische Leitlinie für vaginale Geburten empfiehlt beispielsweise eine Eins-zu-eins-Betreuung durch Hebammen und sagt: „Die Betreuung durch ein und dieselbe Hebamme soll entsprechend den Bedürfnissen der Frau so kontinuierlich wie möglich erfolgen.“ Im Kreißsaalalltag ist das aufgrund des Personalmangels aber schlicht nicht möglich. Und dabei geht es nicht nur um die Hebammen selbst. Weil auch in anderen Bereichen ein unheimlicher Druck auf dem Personal lastet, müssen Hebammen immer öfter neben ihren eigentlichen Aufgaben fachfremde Tätigkeiten wie Reinigungsarbeiten übernehmen. Auf der Strecke bleibt das, was für emotionale Arbeit, für Interaktion mit Menschen in verletzlichen Situationen so wichtig ist: Ruhe. Mehr als jede zweite befragte Hebamme sagt laut Studie des BMG, dass sie zu wenig Zeit für eine adäquate Betreuung hat.

Der Teufelskreis aus dem sich weiter verschärfenden Personalmangel kann nur durchbrochen werden, wenn sich grundlegend etwas ändert, und zwar nicht nur in den Kliniken, sondern in der gesamten Geburtshilfe. Was wichtig für eine gute Versorgung ist, liegt auf der Hand: Wohnortnahe Infrastruktur und eine Eins-zu-eins-Betreuung. Dafür braucht es zum einen die Absicherung der außerklinischen Infrastruktur und eine angemessene Vergütung der freiberuflichen Hebammen. Zum anderen braucht es eine bedarfsgerechte Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus, hebammengeleitete Kreißsäle und eine bedarfsgerechte Vergütung der Geburtshilfe.



Cornelia Möhring

ist frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Umverteilung nach oben stoppen

Deutschland hat sich lange über die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg definiert. Der neue Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dieses Versprechen wird nicht mehr eingelöst.

Es gibt viele blumige Worte, die gern und häufig verwendet werden, um soziale Lagen in Deutschland zu beschreiben. Von der Mittelstandsgesellschaft und den Bildungsaufsteigern ist da die Rede. FDP-nahe Wirtschaftswissenschaftler beschwören den Fahrstuhleffekt, der bei guter Wirtschaftslage die Armen und die Reichen gleichermaßen nach oben befördert. Der jüngst veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht zeigt allerdings, was viele Menschen auch im Alltag wahrnehmen: Diese blumigen Worte sind keine Beschreibung der sozialen Lagen in Deutschland, sondern eine krasse Beschönigung fern jeder Realität. Doch es gibt jedoch auch eine sehr gute Nachricht, die wir uns nach dieser bitteren Feststellung allerdings für den Schluss aufheben wollen.

Ein Großteil der Mitte der Gesellschaft befindet sich nicht im Fahrstuhl, sondern auf einer abwärtsfahrenden Rolltreppe. Man muss immer schneller laufen, um nicht nach unten abzurutschen. Wer schon oben steht, schaut dabei nach unten und kann im besten Fall beschwingten Schrittes sogar noch ein paar Treppenstufen nach oben laufen. Wer hingegen unten angekommen ist, bleibt auch da dort.

Und weil das so ist, schrumpft die Mitte der Gesellschaft. Es konzentriert sich immer mehr Vermögen am oberen Rand und immer mehr Schulden ganz unten. In nüchternen Zahlen ausgedrückt klingt das dann so: Personen in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung besitzen 99,5 des gesamten Vermögens, also aller materiellen Güter inklusive Immobilien, Aktien oder Sparguthaben. Die zehn Prozent der Bevölkerung mit den geringsten Vermögen verfügen über ein so genanntes negatives Vermögen. Im Klartext: Sie haben weniger als nichts, beziehungsweise mehr Schulden als alles andere.

Doch nicht nur die Vermögen, auch die Einkommen ballen sich am oberen Ende der Rolltreppe und nicht bei denen, die immer schneller strampeln müssen. Auch hier zeigt sich, dass Einkommenszuwächse besonders mittleren und oberen Einkommen zugutekommen. Die untersten Einkommen erleiden sogar Einkommensverluste. Daher nimmt auch die Einkommensungleichheit insgesamt zu.

Wer glaubt, dass Bildung daran etwas ändert, sieht sich getäuscht. Welchen Bildungsgrad ein Mensch erreicht, hängt häufig genau nicht von den eigenen Fähigkeiten und Anstrengungen ab sondern von der sozialen Herkunft. Denn auch heute gilt: Wer arm ist, geht nicht aufs Gymnasium. Nur ein geringer Prozentsatz der Armen besuchen diesen Schulzweig, während es in den reicheren



Für die Mitte der Gesellschaft geht es bergab, zeigt der Bericht der Bundesregierung.

sozialen Lagen die übergroße Mehrheit ist. Die Geburtslotterie bestimmt also auch das Bildungsschicksal.

Nun sind solche abstrakten Zahlen und Indikatoren nur für Statistikerinnen und Statistiker ein Festmahl. Will man es weniger trocken ausdrücken, reicht ein Blick auf die gesellschaftlichen Folgen. Schmachhaft sind allerdings auch diese nicht: Denn Armut macht das Leben nicht nur hart, sondern auch kurz. Wer ein geringes Einkommen hat, wird als Mann im Schnitt 71 und als Frau 78,4 Jahre alt. Wer sehr gut verdient, lebt als Mann fast ein ganzes und als Frau ein halbes Jahrzehnt länger.

Woran das liegt, kann man erahnen: Wem es an allem fehlt, der oder die kann sich oft nicht gut ernähren. Diese Menschen sind oft harten Belastungen im Beruf ausgesetzt und können sich schlechter gegen Unfälle und Erkrankungen schützen. Und zu guter Letzt hängen soziale Lage und Wohnlage eng zusammen. Ganz nüchtern heißt es im Armuts- und Reichtumsbericht:

„Menschen mit geringen Einkommen sind oft höheren Belastungen durch Umweltprobleme wie Luftverschmutzung und Lärm ausgesetzt, während Haushalte mit höheren Einkommen sich eher eine Wohnung in Gegenden mit weniger Straßenlärm und besserer Luft und Zugang zu Grünflächen leisten können.“

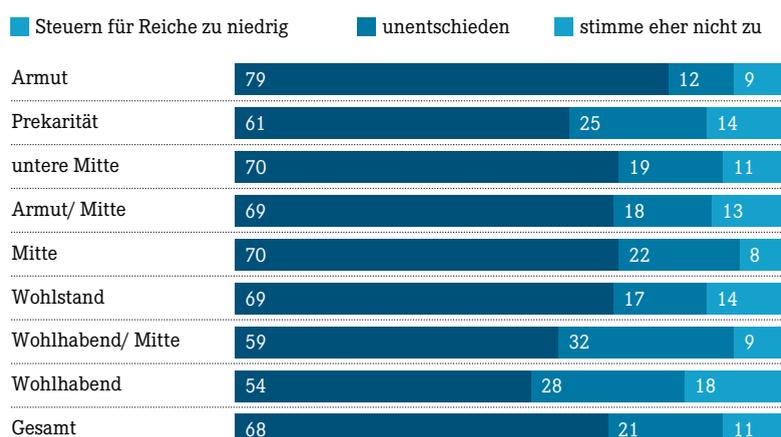
Wollte man ein Fazit für den Armuts- und Reichtumsbericht schreiben, dann wäre es ein unbedingter und verzweifelter Appell zu Handeln. Die Zunahme sozialer Ungleichheit ist auch ein Sprengsatz an den Grundpfeilern der Demokratie. Die Zahlen im Bericht zeigen deutlich: Arme Menschen beteiligen sich seltener an Wahlen. Mit dem Gefühl, das eigene Schicksal nicht bestimmen zu können, nimmt auch das Interesse und die Beteiligung an Politik ab.

Wem also eine demokratische Zukunft in Deutschland am Herzen liegt, der muss jetzt handeln. Denn in Ländern mit geringer ausgeprägter Ungleichheit nimmt die politische Beteiligung ärmerer Schichten zu.

Ein erster Schritt wäre es, dafür zu sorgen, dass der Mindestlohn nicht wie bisher in etwa 2,5 Millionen Beschäftigungsverhältnissen umgangen werden kann. Ein weiterer Schritt sollte den Mindestlohn endlich armutsfest zu machen und auf 13 Euro anheben. Und natürlich müssen wir weiterhin den Sozialstaat ausbauen sowie Hartz IV überwinden. Nur dann führen Erwerbslosigkeit oder Krankheit nicht mehr automatisch in Armut. Und während gegen Armut Geld hilft, hilft gegen leistungslosen Reichtum Umverteilung. Jedes Jahr werden in Deutschland Vermögen im Umfang von um die 100 Milliarden Euro vererbt und verschenkt. Dabei geht es nicht um das kleine Häuschen der Oma sondern um Millionenerbschaften. Dass hier die Steuern für Reiche zu niedrig sind, finden mittlerweile selbst die Reichen selbst.

Die gesellschaftliche Zustimmung zu einer gerechten Umverteilung ist da. Wir als Linke haben immer wieder konkrete Vorschläge gemacht, von der sanktionsfreien Mindestsicherung bis zu einem solidarischen Rentensystem. Ich kämpfe daher für Mehrheiten links der CDU, damit die Rolltreppe auch für die Mehrheit endlich nach oben fährt.

Klare Mehrheit für stärkere Umverteilung



ARB-Survey 2019; Auswertung und Darstellung BMAS. S. 200.



Katja Kipping

ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Sauberes Erdgas ist eine schmutzige Lüge

Terminals für Flüssiggas ermöglichen Erdgasimporte aus Übersee. Dort wird es mit dem Frackingverfahren gefördert.



Foto: istock/hoptocopter

Frackinganlage in den USA: Das Land exportiert zunehmend Öl und Gas nach Europa.

Klimaschutz für alle. Da sind wir zu Hause“ – Anzeigen mit diesem Slogan schaltete die Erdgaswirtschaft bereits vor Jahren, um sich als vermeintliche Klimaschützer aufzubauen. Auf diese Weise hat die Erdgasindustrie den jahrelangen Streit über den Kohleausstieg genutzt, um Erdgas als saubere Energie anzupreisen. Gaskraftwerke sollen als Übergangstechnologie gelten, weil sonst angeblich der Kohleausstieg nicht geschafft wird.

Doch anstatt konsequent auf erneuerbare Energien zu setzen, nicht nur im Strom-, sondern auch im Wärmebereich, tut die Bundesregierung viel dafür, den Nachschub an fossiler Energie wie Erdgas massiv zu erhöhen. Zum Beispiel mit dem Ausbau der Nord-Stream-Pipeline, aber auch über mehrere LNG-Terminals, welche aus staatlichen Strukturhilfen massiv unterstützt werden.

LNG steht für Liquefied Natural Gas und ist bei minus 160 Grad Celsius verflüssigtes Erdgas, das per Schiff nach Deutschland importiert werden soll. Es kann entweder direkt als Kraftstoff für Lkw, Busse und Schiffe verwendet werden oder wieder gasförmig ins nationale Gasnetz eingespeist werden. DIE LINKE im Bundestag hat bereits im März 2019 gefordert, jegliche öffentliche Förderung von LNG-Importen einzustellen. Auch indirekte Finanzierungen sollten unterbleiben, bei denen etwa der Aufbau von Infrastruktur über die Netzentgelte auf die Gaskundinnen und Gaskunden umgelegt wird.

Perspektivisch könnte über LNG-Terminals im Norden Deutschlands besonders klimaschädliches Frackinggas aus den USA importiert werden. Derzeit gibt es zwei Vorhaben für große LNG-Importterminals, eines in Brunsbüttel durch Gasunie, eines in Stade durch Dow Chemical. Uniper musste seine Planung für ein in Wilhelmshaven geplantes Terminal einstellen.

Energieimporte berühren geostrategische Fragen. Deutschland will es sowohl dem Gasexporteur Nummer

eins, Russland, als auch dem Flüssiggasexporteur in spe, den USA, recht machen. Dies ist wohl auch der Grund, weshalb die Bundesregierung mit den LNG-Terminals der US-Regierung quasi ein Geschenk machen möchte, um diese bezüglich Nord Stream 2 milde zu stimmen. Finanzminister Scholz hatte in einem geheimen Brief an seinen US-Kollegen vom August 2020 angeboten, den Import von Frackinggas aus den USA mit 1 Milliarde Euro aus deutschen Steuermitteln zu fördern. Bei diesem Schmiermittel ging es vermutlich darum, die US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 abzuwehren.

Der schmutzige Deal kam nicht zustande, doch er zeigt, wo diese Bundesregierung ihre Schwerpunkte legt. Sie will den Erdgashahn am liebsten in alle

Richtungen aufdrehen. Diese Strategie ist eine Wette gegen die Energiewende, denn in Anbetracht der Klima- und Energiewendeziele brauchen Deutschland und Europa keine zusätzlichen Erdgasimporte. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung bestätigte im April dieses Jahres, man brauche keine zusätzliche Importinfrastruktur für Erdgas. Erdgas habe auch keine Rolle als sogenannte Brückentechnologie.

Es gibt daher auch deutlichen Widerstand vor Ort gegen die geplanten Terminals. So klagt etwa die Deutsche Umwelthilfe gegen das geplante LNG-Terminal in Brunsbüttel und auch Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten haben die Terminals für ihren Protest entdeckt. In den Fokus von „Ende Ge-

lände“, die mit ihren weißen Anzügen auf Kohlebaggern und in Tagebauen berühmt wurden, wird jetzt verstärkt das kaum weniger klimaschädliche Erdgas, Frackinggas oder eben Flüssiggas (LNG) rücken. Der Protest hat bereits dazu beigetragen, dass Uniper sein geplantes LNG-Terminal in Wilhelmshaven aufgibt. In Stade wendet sich DIE LINKE ebenfalls klar gegen das Terminal.

Die mitregierenden Grünen in Schleswig-Holstein haben im Koalitionsvertrag für LNG-Terminals gestimmt, positionieren sich aber jetzt teilweise dagegen. So hat sich der Landesparteitag Schleswig-Holstein im September letzten Jahres gegen das Terminal in Brunsbüttel und Leitungen nach Stade positioniert. Sehr eindeutig ist die Umweltpartei allerdings nicht in ihrer Ablehnung. Führende Vertreterinnen und Vertreter der Grünen stellen immer wieder in Aussicht, dass an LNG-Terminals irgendwann auch „grünes Gas“ ankommen könne. Wo dieses dann herkommen soll und wann das der Fall sein könnte, darüber besteht aber bislang noch Unklarheit.

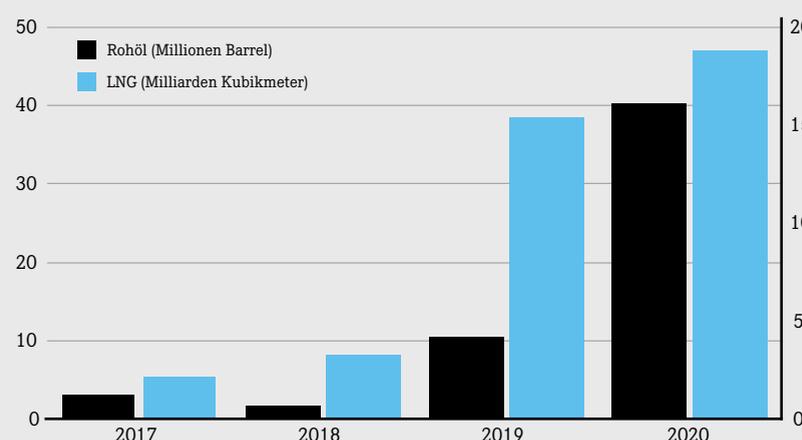
Ende März dieses Jahres haben Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten bereits den Industriepark mit geplantem LNG-Terminal in Brunsbüttel blockiert, weitere Aktionen sollen folgen. DIE LINKE in Schleswig-Holstein erklärt sich mit den Protesten solidarisch. Das Klima spielt auch im Bundestagswahlkampf eine große Rolle. Daher soll es im Sommer im hohen Norden zu weiteren Aktionen gegen Erdgas kommen unter dem Motto: „Sauberes Gas? Dreckige Lüge!“

Klimabombe Methan

Erdgas besteht zum größten Teil aus Methan. Das Gas wirkt kurzfristig viel schädlicher auf den Klimawandel als CO₂. Laut Daten des Weltklimarats (IPCC) verfügt Methan über einen GWP von 84. Das bedeutet, dass das Gas in der Atmosphäre einhundert Jahre

lang 84-mal stärker wirkt als CO₂. Bei der Förderung von Erdöl und Erdgas mithilfe von Fracking entweicht besonders viel Methan. Außerdem tritt bei der Verflüssigung und dem Transport von LNG besonders viel Methan aus.

LNG- und Erdölimporte aus den USA in die EU



Im Jahr 2020 waren die Vereinigten Staaten erstmals der größte LNG-Lieferant der EU und exportierten 18,8 Mrd. m³ LNG, was 22 Prozent der gesamten LNG-Importe der EU ausmachte. Ebenso massiv haben US-Unternehmen ihre Exporte von Erdöl in die EU ausgeweitet. (Quelle EU-Kommission)



Lorenz Gösta Beutin

ist energie- und klimapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Verantwortung aus der Geschichte

Frieden und Sicherheit in Europa wird es nicht ohne, geschweige gegen Russland geben.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte 2001 im Bundestag seine Hand für eine weitreichende Zusammenarbeit mit Deutschland und Europa ausgestreckt. Doch unsere Regierung, der Westen insgesamt meinte, das nicht nötig zu haben, reagierte arrogant. Putin hat daraus seine Schlüsse gezogen – militärisch, geopolitisch und in gewissem Sinn auch innenpolitisch. Durch die Konfrontationslogik der USA, der die Nato-Mitglieder hinterherlaufen, hat sich bei ihm offenbar die Überzeugung verfestigt, auf unsere Vorstellungen von demokratischen Rechten und Freiheiten immer weniger Rücksicht nehmen zu müssen. Seine eigenen Mehrheiten bei den Wahlen scheinen dagegen allen Protesten zum Trotz eher stabil zu sein.

Woher man bei den westlichen Regierungen die Überzeugung nimmt, dass man daran etwas ändern kann, wenn man die Konfrontation immer weiter zuspitzt, bleibt ihr Geheimnis. Man könnte für Alexei Nawalny und andere viel mehr erreichen, wenn man Russland einbindet und nicht immer weiter ausgrenzt.

Deutschland und die EU haben ein grundlegendes strategisches Interesse an guten Beziehungen zu den USA, Russland und China. Zu Russland sind die Beziehungen offensichtlich von Vorurteilen geprägt, China ist ihnen eher fremd, und bezüglich der USA reagieren sie vasallenhaft. Es kommt nun darauf an, mit allen drei Regierungen wieder vertrauensvoll auf Augenhöhe zu verhandeln. Das bedeutet nicht, Gehorsam an den Tag zu legen, sondern zu sagen: Ihr habt eure Interessen, wir haben un-



Gregor Gysi und Sevim Dağdelen legen einen Kranz am Ehrenmal in Berlin-Treptow nieder.

sere. Versuchen wir, uns seriös darüber zu verständigen.

Um dies zu erreichen, muss man ein Grundvertrauen zwischen den Regierungen herstellen. Grundvertrauen

bedeutet, dass die andere Seite wissen muss, dass das Gegenüber kein doppeltes Spiel treibt und auch zu den Zusagen steht. Das ewige Drehen an der Sanktionsspirale ist dem nicht dienlich,

umso mehr, wenn die Maßstäbe dafür an andere Staaten nicht angelegt werden, wie man am Umgang mit der Türkei und Saudi-Arabien sieht.

Ein anderer Weg, um Veränderungen im Sinne von Demokratie und Menschenrechten zu erreichen, hat sich in der Phase des Kalten Krieges als sehr erfolgreich erwiesen. Damals wurde unter der Maxime „Wandel durch Annäherung“ zum einen verhindert, dass aus dem Kalten ein heißer Krieg wurde. Zum anderen konnten schrittweise Veränderungen in den staatssozialistischen Ländern initiiert werden. Die Entspannungspolitik, die unter Willy Brandt begonnen und von Helmut Schmidt und später auch Helmut Kohl fortgesetzt wurde – wenn auch mit etwas unterschiedlichen Schwerpunkten –, fußte auf der Erkenntnis: Der Weg führt nur über Verhandlungen auf Augenhöhe mit den Regierungen, über Kompromisse und eine Politik der kleinen Schritte.

Neben der Friedensfrage wird sich bei den Bundestagswahlen außenpolitisch auch entscheiden, ob Deutschland aus der Sackgasse im Verhältnis zu Russland herausfindet. Ohne eine starke Linke wird dies nicht gelingen.



Gregor Gysi

ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Für ein System beidseitiger Sicherheit

Die deutsch-russischen Beziehungen sind so schlecht wie lange nicht.

DIE LINKE. im Bundestag setzt sich mit Nachdruck für einen Deutsch-Russischen Freundschaftsvertrag ein und hat dazu auch einen Antrag eingebracht (BT-Drs. 19/29437). Der 80. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni solle seitens der Bundesregierung zum Anlass genommen werden, dazu Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, Aussöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen.

Niemals dürfen wir vergessen: Durch den faschistischen Raub- und Vernichtungskrieg wurden 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten der Sowjetunion getötet. Als Einheiten der Roten Armee das Gebiet befreiten, waren 30 Prozent des von deutschen Soldaten okkupierten Ter-

ritoriums zunächst unbewohnbar. Wir verneigen uns in Demut vor den Opfern und ihren Angehörigen.

In Deutschland gab und gibt es Ablehnung bis hin zum Hass gegenüber Russland und seiner Bevölkerung. Dies muss – schon im Interesse der Sicherung des Friedens – überwunden werden. Am 9. November 1990 wurde der „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) unterzeichnet, den der Deutsche Bundestag am 25. April 1991 ratifiziert hat. Rechtsnachfolger der Sowjetunion ist die Russische Föderation. Dieser Vertrag muss wiederbelebt werden. Das Ziel muss Freundschaft sein.

Gute Beziehungen und Frieden mit Russland müssen erklärtes Ziel der

deutschen Außenpolitik sein. Wir setzen uns für ein System beidseitiger Sicherheit ein. Wir brauchen einen Ausbau der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kooperation mit Russland. Wir plädieren für eine Intensivierung des Jugendaustausches und der Städtepartnerschaften. Es geht darum, gemeinsam am Haus Europa zu bauen und die Nato-Konfrontation gegenüber Russland samt der damit begründeten Aufrüstung zu beenden.

DIE LINKE. im Bundestag hat darüber hinaus die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, um – dem Beispiel der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommerns und Thüringens folgend – dem 8. Mai als Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus den Status eines gesetzlichen Gedenktages zu verleihen

und den Befreiern zu danken! Die Koalitionsfraktionen von Union und SPD wie auch die AfD lehnen diesen Antrag regelmäßig ab. Das halten wir für untragbar. Der 8. Mai sollte endlich ein gesetzlicher Feiertag werden. Dafür setzen wir uns ein! Den Befreiern sagen wir: Спасибо! Thank you! Merci! Danke!



Sevim Dağdelen

ist Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags.

Eine mörderische Bilanz

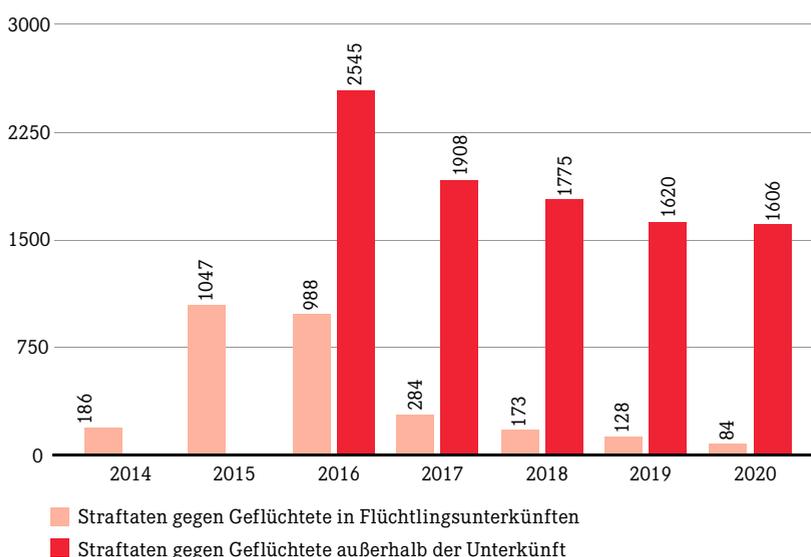
Mordanschläge auf Juden und Muslime in Halle und Hanau sowie der Mord an Walter Lübcke zeigen, die Gewalt der extremen Rechten reißt nicht ab.

Von einer „Blutspur des Rechts-extremismus“ sprach Innenminister Horst Seehofer im Februar 2020, nachdem ein rassistisch motivierter Täter in Hanau zehn Menschen ermordet hatte. Zusammen mit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle, bei der ein rechter Täter zwei Menschen erschoss, und dem Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke 2019 in Kassel handelt es sich um den extremsten Ausdruck der zunehmenden Gewalt von rechts.

Die erschreckende Bilanz der zu Ende gehenden Wahlperiode sind drei rechtsterroristische Anschläge mit insgesamt 13 Todesopfern. Dazu kommen mindestens drei weitere rechte Tötungsdelikte in diesen vier Jahren. Rassistische, antisemitische und extrem rechte Alltagsgewalt verharren auf hohem Niveau, finden aber nur noch selten öffentliche Aufmerksamkeit. Gewaltbereite Gruppen der extremen Rechten planen Terroranschläge, horten Waffen und Munition und bereiten einen „Tag X“ vor. Darunter verstehen sie einen völkischen Umsturz und die gewaltsame Beseitigung ihrer politischen Gegner.

„Revolution Chemnitz“, „Atomwaffen Division“ oder „Gruppe S.“ sind Namen solcher Gruppierungen. Hinzu kommen Netzwerke und Einzelpersonen in oder aus den Sicherheitsbehörden, die sich auf einen Umsturz vorbereiten, Waffen- und Vorratslager anlegen, Feindlisten erstellen und für den Ernstfall trainieren. Im Nordkreuz-Netzwerk sammelten sich unter anderem Angehörige von Polizei und Bundeswehr. Bei der Elitetruppe der Bundeswehr, dem KSK, in Polizeieinheiten in diversen Bundesländern: Überall finden sich extrem rechte Aktivitäten, Rassismus und in einzelnen Fällen sogar Bereitschaft zur Gewaltanwendung.

Straftaten gegen Geflüchtete in- und außerhalb von Unterkünften



Im Februar 2021 erinnert die Bevölkerung in Hanau an den Anschlag vor einem Jahr.

Die Gründe dieser Entwicklung sind vielfältig und in letzter Konsequenz Ausdruck einer krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus – in Deutschland, aber auch weltweit. Konkurrenz, Spaltung in Arm und Reich und das Vorrecht des Stärkeren sind Prinzipien, die von der extremen Rechten schon immer genutzt wurden, um ihre Angebote Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus attraktiv erscheinen zu lassen. Der Abbau des Sozialstaats hat für Verunsicherung und Verlust von Souveränität gesorgt. Diese Erfahrung wird von rechts zum Teil erfolgreich adressiert.

Die AfD hat entscheidenden Anteil am Aufschwung einer auch gewalttätigen extremen Rechten. Die menschenfeindlichen Einstellungen gegenüber be-

stimmten Gruppen erhalten durch diese Partei eine ganz neue Reichweite und bestärken rechte Gewalttäter in ihrer Einbildung, ihr Handeln sei im Sinn einer schweigenden Mehrheit. Es ist kein Zufall, dass der Mörder von Walter Lübcke mit der AfD sympathisierte, sie im Wahlkampf unterstützte und Geld spendete.

Zu dieser Wahlperiode gehört aber auch, dass mittlerweile Vertreter der Bundesregierung den Rechtsextremismus als die größte Bedrohung in Deutschland anerkennen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass mit Walter Lübcke auch ein konservativer weißer Politiker Opfer rechter Gewalt wurde. Diese Entwicklung ist nicht zu unterschätzen, denn es gehört seit Jahrzehnten zur politischen Tradition der Bundesrepublik, Terror und Gewalt von rechts systematisch zu verharmlosen.

Weder die rechtsterroristische Gewalt der Deutschen Aktionsgruppen und der Wehrsportgruppe Hoffmann noch die Mord- und Anschlagsserie des Nationalsozialistischen Untergrunds hatten zu einer nachhaltigen Veränderung im Umgang mit der extremen Rechten geführt. Dass sich dies nun teilweise ändert, ist jedoch vor allem der unermülichen Arbeit von Opfern und Hinterbliebenen, den gründlichen Recherchen von Antifaschistinnen und Journalisten geschuldet, aber auch unserer Arbeit in den Parlamenten.

DIE LINKE fragt wie keine andere Fraktion im Bundestag nach allen Facetten und Hintergründen der extremen Rechten. Gewaltbereitschaft, Waffenbeschaffung, rassistische Angriffe, organisatorische Zusammenhänge – all das wird von uns regelmäßig in Anfra-

gen thematisiert, in Untersuchungsausschüssen verfolgt und im Plenum zur Sprache gebracht. Einen Effekt kann es aber nur im Zusammenspiel mit einer aufgeklärten antifaschistischen Öffentlichkeit haben, die den Druck auf Behörden und letztlich auch auf die extreme Rechte aufrechterhält.

Noch immer beherrscht die trügerische Figur des Einzeltäters die Ermittlungen und die öffentliche Debatte über rechten Terror, obwohl die Praxis immer wieder zeigt, dass wir es mit Netzwerken zu tun haben. Noch immer werden rechte Netzwerke in den Behörden als Einzelfälle dargestellt, obwohl vielfach belegt ist, dass sich in diesen Apparaten teilweise eine antidemokratische Alltagskultur verwurzeln konnte.

DIE LINKE wird auch in Zukunft eine zuverlässige und entschlossene Gegnerin des Rechtsrucks in all seinen Erscheinungsformen bleiben. Wirklich effektiv wird diese Arbeit aber erst im Bündnis mit Betroffenen und Engagierten, an der Seite der Bewegungen und mit aktiver Unterstützung aller demokratischen und antifaschistischen Bürgerinnen und Bürger.



Martina Renner

ist Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE.



Foto: image images/Stefan Trappe

Am Eingang zum ISAF-Lager kontrollieren Bundeswehrsoldaten die afghanischen Fahrer.

Frieden lässt sich nicht herbeibomben

Nach 20 Jahren zieht die Bundeswehr vom Hindukusch ab. Das ist gut so. Der Abzug offenbart jedoch das Desaster, das der Krieg angerichtet hat.

Mit dem Abzug geht der teuerste und verlustreichste Auslandseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr zu Ende. Er bestand aus der offensiven Kampfoperation „Enduring Freedom“ und der zunächst als Stabilisierungsmission verkauften ISAF-Mission, die immer stärker und offensichtlicher Aufstandsbekämpfung betrieb. Seit 2015 war die Bundeswehr im Rahmen der robusten Resolute Support Mission zur Ausbildung dortiger Kräfte in Afghanistan.

Das 2001 in Afghanistan einmarschierende westliche Militärbündnis unter Führung der USA erklärte, man wolle mit dem Sturz der Taliban das afghanische Volk befreien, insbesondere die Frauen, und den internationalen Terrorismus bekämpfen. Außerdem sollte die Regierung von Präsident Hamid Karsai, die bei der Afghanistankonferenz auf dem Petersberg in Bonn im Dezember 2001 eingesetzt wurde, abgesichert werden.

Keines dieser Ziele ist erreicht, im Gegenteil. Die Taliban sind so stark wie lange nicht mehr, Terror und Gegenterror sind allgegenwärtig. Die soziale und wirtschaftliche Situation im Land ist katastrophal. Die vom westlichen

Der Krieg in Zahlen

170 000

Zivilpersonen direkt durch den Krieg getötet und

12

Millionen Menschen vertrieben im Zeitraum 2001 bis 2013 laut Ärzteorganisation IPPNW

3600

getötete Soldatinnen und Soldaten der Militärallianz

59

getötete deutsche Soldaten

Mehr als

150 000

eingesetzte Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr insgesamt

12,2

Milliarden Euro kosteten die deutschen Einsätze.

426

Millionen Euro Ausgaben für humanitäre Hilfe seit 2001

Militärbündnis gestützte ehemalige Regierung Karsai hat ein korruptes System zur Verteilung knapper Ressourcen aufgebaut. Der Drogenhandel blüht. Doch ging es der internationalen Militärallianz überhaupt um Demokratie, Fortschritt und Frauenrechte?

Den USA ging es um geostrategischen Einfluss im ölreichen Nahen und Mittleren Osten. Für die deutschen Bundesregierungen bot sich die Gelegenheit, in einer Region von zentraler geopolitischer Bedeutung militärisch präsent zu sein. Zudem wollte man dem seit Anfang der 1990er Jahre angestrebten Ziel näherkommen, die Bundeswehr zu einer weltweit operierenden militärischen Kraft auszubauen.

Im Jahr 1994 klagte die SPD vor dem Bundesverfassungsgericht noch gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sieben Jahre später machte die rot-grüne Regierung den Weg frei für die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg. Es ging unter dem Vorwand der „Verantwortung“ darum, auf der Weltbühne mitzumischen. Der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer sagte: „Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens.“

Für das Verteidigungsministerium war Afghanistan ein Testfeld. Hier lernte die Bundeswehr an der Seite der US-amerikanischen Streitkräfte Krieg, man wuchs in neue Aufgaben hinein. Die Bundeswehr beteiligte sich am aktiven Gefecht, an der systematischen Ermordung führender Kommandanten des Gegners und probte die Steuerung militärischer Drohnen. Das Massaker von Kundus, bei dem am 4. September 2009 über 100 Zivilisten auf Befehl des Bundeswehrobersten Georg Klein ermordet wurden, rückte in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit, was offiziell nicht wahr sein sollte: Deutschland war im Krieg. Im Jahr 1981, nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, schrieb der US-amerikanische Sozialist und Aktivist Jonathan Neale: „Niemand kann ein anderes Volk befreien, weder durch Erziehung noch durch Staatsmacht noch durch Putsche und amtliche Dekrete.“ Die Militäreinsätze schwächten den Widerstand aus der afghanischen Gesellschaft gegen die Herrschaft der Taliban, eine Entwicklung, die sich ähnlich in Irak und Libyen beobachten lässt. Gestärkt wurden die Taliban und andere rückschrittliche Kräfte im Land. Die Flüchtlingskatastrophe im Mittleren und Nahen Osten ist auch das Resultat westlicher Militäreinsätze, im Falle von Syrien auch von russischer Militärintervention.

Das ist heute so richtig wie vor vierzig Jahren. Die Lehre aus der afghanischen Katastrophe ist dieselbe wie die aus der syrischen, libyschen und irakischen Katastrophe: Demokratie und gesellschaftlicher Fortschritt können nicht mit Kriegen von außen aufgezungen werden.

Die Konsequenz aus dem Afghanistandesaster muss sein, die ausländischen Truppen, Spezialkräfte und Geheimdienste dauerhaft zurückzuziehen. Die Bundeswehr ist aus allen Auslandseinsätzen abzuziehen, sie darf sich keinen weiteren Kriegen anschließen und keine neuen Kriege anfangen. Das Auswärtige Amt muss seine Einschätzung der Sicherheitslage in Afghanistan korrigieren. Sämtliche Abschiebeflüge müssen sofort gestoppt werden.



Christine Buchholz

ist für die Fraktion DIE LINKE. Mitglied im Verteidigungsausschuss und war Mitglied des 2009 bis 2011 eingesetzten Kundus-Untersuchungsausschusses.

Ein Mann kämpft gegen die Instanzen

Manchmal braucht es für eine Bürgerinitiative nur eine Person. Der ehemalige Polizist Horst Glanzer hat das Versicherungsrecht reformiert.

Abseits der Öffentlichkeit gibt es sie, die Großen und doch Unbekannten. Horst Glanzer ist einer von ihnen. Der ehemalige Polizist treibt die große Politik vor sich her, mit einer Hartnäckigkeit, die ihresgleichen sucht. Es heißt, er habe mehr Gesetzesänderungen erreicht als die allermeisten Abgeordneten, und zwar im Alleingang. Sein Thema sind die Gesundheitspolitik und die Krankenversicherungen. Horst Glanzer ist eine Art NGO für die Rechte von Patientinnen und Patienten mit nur einem Mitarbeiter, ihm selbst.

Der BKA-Mann erkrankte im Jahr 2003 an einer akuten Entzündung der Nasennebenhöhlen, zu diesem Zeitpunkt eine ernste, aber keineswegs lebensgefährliche Situation. Allerdings ist der Beamte allergisch auf bestimmte Medikamente. Deshalb beantragt er eine Behandlung in einer Schweizer Spezialklinik. Doch seine Kasse lässt sich Zeit mit der Kostenübernahme. Nach zwei Monaten hat die Entzündung tatsächlich lebensgefährliche Ausmaße erreicht. Am Ende muss er elf Wochen auf die Zusage seiner Versicherung warten. Mit den Folgen hat er bis heute zu kämpfen.

Als er nach seiner Entlassung juristisch gegen die Krankenkasse vorgehen will, scheitert er. Zwar sei er moralisch zweifellos im Recht, bescheinigen ihm Richter, aber die Gesetzgebung zum

Versicherungsschutz sei an dieser Stelle leider lückenhaft. Das ist das Startsignal für einen Aktivismus, der bis heute anhält. Horst Glanzer greift zum Telefon und beginnt, Ministerinnen und Minister, Abgeordnete, Professorinnen und Professoren anzurufen. Wer mit den Rechten von Patientinnen und Patienten zu tun hat, hat zwangsläufig seine Bekanntschaft gemacht.

Wer mit den Rechten von Patientinnen und Patienten zu tun hat, hat zwangsläufig seine Bekanntschaft gemacht

Vom Menschenrechtsausschuss bis zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates wird Horst Glanzer ein ebenso bekannter wie gefürchteter Name, denn dieser Mann lässt nicht locker. Und der Erfolg gibt ihm recht. Im Jahr 2011 erreicht Horst Glanzer, dass die Zivilprozessordnung neu gefasst wird. Seitdem können Kläger Rechtsmittel einlegen, wenn eine Berufung vor Gericht zurückgewiesen wurde. Zwei Jahre später beschließt der Bundestag eine Bewilligungsfrist von zwei Wochen für Versicherungen. Versäumen sie die Frist, tragen sie die

vollen Kosten. Schließlich, 2019, erreicht Horst Glanzer eine Reform des Sachverständigenrechts.

Danach stürzt sich der ehemalige BKAler auf den Ausschuss für Menschenrechte im Bundestag. Er will eine Umkehr der Beweislast bei Behandlungsfehlern erreichen, die Mediziner sollen nachweisen, dass sie ordentlich gearbeitet haben. Mit diesen und anderen Initiativen rührt das Versicherungsoffer an den Grundlagen des medizinischen Versorgungssystems, entsprechend nehmen die stillen und offenen Widerstände gegen seine Initiativen zu. Aktuell hat Horst Glanzer mehrere Petitionen im Petitionsausschuss des Bundestags zu laufen, welche die Fraktion DIE LINKE unterstützt. Sie zielen darauf ab, die Beweislastumkehr durchzusetzen und es zu ermöglichen, dass ein Entschädigungsfonds für Patienten eingerichtet wird.

Wer Horst Glanzer in seinem Kampf unterstützen möchte, kann ihm gern etwas spenden:
Horst Glanzer
VR-Bank Passau
IBAN: DE66 7409 0000 0003 3335 23
BIC: GENODEF 1 PA 1

BÜCHER

Petra Pau:
Gott hab sie selig

Quintus, 104 Seiten, 10 Euro



Kurzweilig und pointiert blickt die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau hinter politische Schlagzeilen. Ob bedingungsloses Grundeinkommen, Digitalisierung oder Klimawandel, sie ordnet und

sortiert, welche Themen die nächsten Jahre prägen könnten: „Die Corona-Pandemie wird hierzulande rund eine Billion Euro kosten. Diese Riesensumme wird offiziell nicht gern genannt. Sie ist nahezu unvorstellbar und könnte obendrein Panik auslösen.“ Wie diese Krise bezahlt werden soll? Mit einer Vermögensabgabe und drastischen Steuern für Superreiche.

Linker Klartext!

Mark Lynas:
6 Grad mehr

Rowohlt Polaris, 416 Seiten, 16 Euro



„Wir sind noch nicht dem Untergang geweiht. Falls die globalen Emissionen morgen gestoppt würden“, betont der Umweltaktivist Mark Lynas, „betrüge die Erwärmung des Planeten nicht einmal

1,5 Grad Celsius.“ Doch wenn wir so handeln wie bisher, könnte nach seiner Rechnung die Erde am Ende des Jahrhunderts um 6 Grad wärmer sein. Permafrost würde schmelzen, tropischer Regenwald kollabieren und alles Leben enden. Er arbeitete sich durch Hunderte Expertentexte und schildert, wie jedes Grad mehr den Planeten überschwemmt und verwüstet.

Aufrüttelndes Szenario!

Julia Leeb:
Menschlichkeit in Zeiten der Angst

Suhrkamp, 236 Seiten, 18 Euro



Ägypten, Nordkorea und immer wieder Libyen besuchte die Fotojournalistin Julia Leeb zwischen 2011 und 2017. Sie erlebte hautnah, wie der Arabische Frühling begann, geriet während des Umbruchs

zwischen die Fronten und in Gefahr. „Während Gier und Zerstörung um sich greifen und der Hass zu triumphieren scheint, begegnete mir immer wieder das schöne Unverhoffte: Menschlichkeit. Denn Frieden fängt im Kleinen an.“

Ihre Berichte zeigen alle Seiten des Kriegs: das brutale Regime der Warlords, den Schmerz und Mut ihrer Opfer.

Bewegende Reportagen!

Hans-Dieter Schütt: **Klaus Lederer – Die Sterne über Berlin**

be.bra, 272 Seiten, 18 Euro



„Regierungspolitik mitzubetreiben, das heißt für mich: Verantwortung wahrnehmen, aber mit klarer Vorstellung, mit wem und wie lange“, sagt der Berliner Kultursenator Klaus Lederer im Gespräch mit

Hans-Dieter Schütt. Sie diskutieren, wie die Linke dem gerecht werden kann: lösungsorientiert, an den Aufgaben in der Stadt orientiert, hart in der Sache. Klaus Lederer lässt tief in sein Leben blicken und verrät, was er liebt, was ihn prägte, wie er kommende persönliche und politische Herausforderungen angehen will.

Lustvolle Politik!